



Beauftragter der Bundesregierung
gegen Antiziganismus und für
das Leben der Sinti und Roma
in Deutschland

Presseerklärung

Berlin, 4. Oktober 2023

Antiziganismus in der Stadtverwaltung Hannover: Mehmet Daimagüler „Dringender Bedarf an Auseinandersetzung mit Rassismus in staatlichen Stellen“

Die Stadt Hannover hat eingeräumt, dass es innerhalb der Stadtverwaltung antiziganistische Handlungsmuster und eine „Unbequemlichkeitskultur“ im Umgang mit Roma gibt. Sie reagierte damit auf Missstände, die in einer Studie im Auftrag der Unabhängigen Kommission Antiziganismus festgestellt wurden. In dieser Studie wurden zahlreiche Beispiele für einen diskriminierenden Umgang mit Roma deutlich.

Mehmet Daimagüler: „Die Ergebnisse der Studie sind leider nicht überraschend, denn sie decken sich mit den Erfahrungsberichten vieler Sinti und Roma. Sie verdeutlichen den dringenden Bedarf nach einer Auseinandersetzung mit antiziganistischen Denk- und Handlungsweisen in staatlichen Stellen. Positiv ist, dass die Stadt Hannover anerkennt, dass es hier ein Problem gibt und dass die Zustände inakzeptabel sind. Es braucht einen Prozess der selbstkritischen Überprüfung und der Veränderung – nicht nur in der Stadtverwaltung Hannover, sondern in der öffentlichen Verwaltung bundesweit. Es ist gut, dass dieses Thema Gegenstand einer Diskussionsveranstaltung im Landtag Niedersachsen am morgigen Tag sein wird, zudem zahlreiche Vertreter*innen der Selbstorganisationen eingeladen sind.“